

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung* im Überblick

1 NO POVERTY 	Armut in allen ihren Formen und überall beenden	2 ZERO HUNGER 	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3 GOOD HEALTH AND WELL-BEING 	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern	4 QUALITY EDUCATION 	Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern
5 GENDER EQUALITY 	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen	6 CLEAN WATER AND SANITATION 	Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
7 AFFORDABLE AND CLEAN ENERGY 	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern	8 DECENT WORK AND ECONOMIC GROWTH 	Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
9 INDUSTRY, INNOVATION AND INFRASTRUCTURE 	Widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen	10 REDUCED INEQUALITIES 	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern
11 SUSTAINABLE CITIES AND COMMUNITIES 	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten	12 RESPONSIBLE CONSUMPTION AND PRODUCTION 	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen
13 CLIMATE ACTION 	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen	14 LIFE BELOW WATER 	Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15 LIFE ON LAND 	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der Biodiversität ein Ende setzen	16 PEACE, JUSTICE AND STRONG INSTITUTIONS 	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17 PARTNERSHIPS FOR THE GOALS 	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen	ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG 17 ZIELE, DIE UNSERE WELT VERÄNDERN	

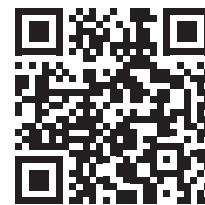
*SDGs = Sustainable Development Goals

4 HOCHWERTIGE BILDUNG



Ziel 4: Hochwertige Bildung

Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern



Alle Menschen sollen gut lernen können

Alle Menschen dürfen lernen. Das nennt man Bildung. Es ist wichtig, dass die Bildung für alle gleich gut ist. Man kann immer etwas Neues lernen, egal wie alt man ist. Wir müssen uns darum kümmern, dass es Bildungs-Angebote für alle gibt.

Aktuelle Lage

Das Recht auf Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Bildung befähigt Menschen, ihre politische, soziale, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation zu verbessern. Gleichzeitig hängen Bildungschancen weltweit – so auch in Deutschland – stark von sozialer Herkunft ab: Armut und soziale Ungleichheit zählen zu den größten Bildungsbarrieren. Etwa jedes sechste Kind kann keine Schule besuchen, weil für viele Familien die Schulgebühren und Lernmaterialien unerschwinglich sind, die Kinder zum Familieneinkommen beitragen müssen oder die Schulwege zu weit und unsicher sind. Für die betroffenen Kinder bedeutet das oft, dass sie weder Lesen, Schreiben noch Rechnen lernen und ihre Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben und existenzsichernde Arbeit eingeschränkt bleiben.

Weltweit fehlt es an 25 Prozent aller Grundschulen an Strom, Trinkwasser und einfachen Sanitäreinrichtungen, die Hälfte hat keinen Zugang zu Computern oder Internet. Gleichzeitig verhindern Umweltkatastrophen, Kriege und bewaffnete Konflikte den Schulbesuch von Millionen Kindern – etwa in Gaza oder der Ukraine, wo Schulen ins Konfliktgeschehen geraten, als Notunterkünfte genutzt oder aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Besonders benachteiligt sind Menschen in Armut, Indigene, religiöse, ethnisierte und sprachliche Minderheiten, Menschen mit Behinderungen sowie Mädchen und Frauen. Letzteren wird in verschiedenen Ländern der Zugang zu Bildung eingeschränkt oder verwehrt – etwas durch die Taliban in Afghanistan, Boko Haram in Nigeria oder infolge von Konflikten und Vertreibung, z. B. im Sudan. Wenn nicht massiv gegengesteuert wird, wird nur eines von sechs Ländern das Bildungsziel bis 2030 erreichen. Dafür braucht es eine Stärkung der Bildungssysteme und deutlich höhere öffentliche Investitionen.

Situation in Deutschland

Deutschland verfügt über ein hohes Bildungsniveau. 2022 hatten 26,1 Millionen Menschen einen (Fach-)Hochschulabschluss. Dennoch verlassen jährlich ca. 7 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss und haben dadurch ein erhöhtes Risiko für Arbeitslosigkeit und Armut. Zudem sind ca. 6,2 Millionen Erwachsene von geringer Literalität betroffen: Sie können zwar einzelne Sätze lesen und schreiben, haben jedoch Schwierigkeiten, zusammenhängende Texte zu verstehen.

Das Ziel, allen Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen, ist auch in Deutschland noch nicht erreicht. Der Bildungsbericht 2026 zeigt, dass der Bildungserfolg nach wie vor stark von sozialen Rahmenbedingungen wie Einkommen, Bildungsstand der Eltern oder Zugang zu Förderung abhängt – stärker als in vielen anderen Ländern. Bildungsungleichheiten entstehen bereits vor der Einschulung und setzen sich im weiteren Bildungsweg fort. Kinder aus sozial benachteiligten Familien, mit Behinderung oder aus Familien mit internationaler Geschichte haben häufig geringere Bildungschancen und erleben Diskriminierung. Diese Barrieren verringern ihre Chancen auf gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze.

Unterziele



Kostenlose Grund- und Sekundarschulbildung



Aufbau und Ausbau inklusiver und sicherer Schulen



Beseitigung aller Diskriminierungen im Bildungswesen



Allgemeine Alphabetisierung und Rechenfähigkeit



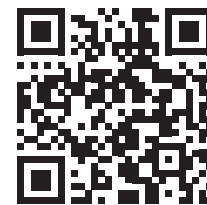
Gleichberechtigter Zugang zu bezahlbarer fachlicher, beruflicher und tertiärer Bildung

5 GESCHLECHTER- GLEICHHEIT



Ziel 5: Geschlechtergleichheit

Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen



Alle Geschlechter sind gleich gut und wichtig

Mädchen und Frauen sind gleich gut und wichtig wie Jungs und Männer. Alle haben die gleichen Rechte. Mädchen und Frauen können selbst bestimmen, was sie wollen und was ihnen wichtig ist. Die Gleichstellung für nicht-binäre, trans*, inter* und agender Personen gehört nicht zu den Zielen der Vereinten Nationen für Entwicklung. Einige Gruppen bei den Vereinten Nationen denken aber an diese Personen. Diese Gruppen arbeiten daran, die Gleichstellung zu verbessern.

Aktuelle Lage

Noch existiert in keinem Land Geschlechtergleichheit. Frauen und Mädchen sowie trans* Personen sind nach wie vor unverhältnismäßig stark von geschlechtsbedingten Ungerechtigkeiten betroffen. Die Gleichstellung für nichtbinäre, trans*, inter* und agender Personen ist 2015 bei der Verabschiedung der UN-Entwicklungsziele nicht adressiert worden und wird damit nicht in diesem Rahmen erhoben, jedoch in einigen UN-Gremien inzwischen verstärkt angegangen. Erforderlich sind geschlechtergerechte Politiken, Gesetze und Institutionen. In einigen Ländern, etwa im Iran, haben Frauen und trans* Personen keinen rechtlichen Schutz, da es keine Gesetze gegen Diskriminierung oder Gewalt gibt. Die iranische und kurdische „Frauen, Leben, Freiheit“-Bewegung für demokratische Menschen- und Frauenrechte wird vom Regime massiv unterdrückt.

Gewalt gegen Frauen, Lesben, inter-, nicht binäre, trans- und agender Personen (FLINTA) ist weltweit verbreitet und betrifft alle Altersgruppen. Im Jahr 2024 wurden weltweit 50.000 Frauen und Mädchen von ihren Partnern oder Familienmitgliedern getötet. In Mexiko etwa wurden täglich 10 Frauen getötet, wobei davon nur ein Fall aufgeklärt wird. Von 281 getöteten Transpersonen lebten 190 in Lateinamerika und der Karibik. Weibliche Genitalverstümmelung bleibt in 32 Ländern verbreitet, und Millionen Mädchen werden zwangsverheiratet.

Frauen verbringen zweieinhalb Mal so viel Zeit wie Männer damit, Kinder oder alte Menschen zu betreuen und die Hausarbeit zu erledigen. Durch diese unbezahlte Arbeit bleibt weniger Zeit für Lohnarbeit, Bildung, Engagement und Erholung. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen würde es beim jetzigen Tempo 140 Jahre dauern, bis Frauen auf der Führungsebene von Unternehmen in gleicher Zahl wie Männer vertreten sind und 286 Jahre, um die rechtliche Diskriminierung von Frauen zu überwinden. Migrantische, behinderte, trans*, Schwarze, muslimische, jüdische, Frauen of Color und Frauen in Kriegsgebieten sind mehrfach diskriminiert.

Situation in Deutschland

Auch in Deutschland ist die Gewalt gegen FLINTA ein großes Problem. Besonders junge Frauen sind betroffen, insbesondere von digitaler Gewalt und sexueller Belästigung. 2024 wurden 308 Frauen von ihrem (Ex)Partner getötet.

Obwohl Frauen genauso häufig studieren und genauso hoch qualifiziert sind wie Männer, ist nur etwas weniger als jede dritte Führungsposition von Frauen besetzt und nur jede 67. von einer Frau mit Migrationsgeschichte. Frauen arbeiten eher in Teilzeit und geringfügig, sind seltener in Führungspositionen und verdienen, auch bei gleicher Tätigkeit und Qualifikation, weniger als Männer.

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz können zum ersten Mal seit November 2024 Menschen ihren Namen und Geschlechtseintrag selbstbestimmt im Standesamt ändern – nicht mehr beim Amtsgericht unter Vorlage von Zwangsgutachten. Gleichzeitig nimmt queerfeindliche Hasskriminalität in erschreckendem Maße zu: 2.048 Straftaten wurden 2025 registriert, das Dunkelfeld ist vermutlich deutlich höher. Fast jeder zweite CSD (Christopher Street Day) 2025 war von Störungen betroffen. Die wenigen queeren Selbstorganisationen, Beratungsstellen und Jugendzentren sind durch Kürzungen der Fördergelder bedroht.

Unterziele



Beendigung von Diskriminierung gegenüber Frauen und Mädchen



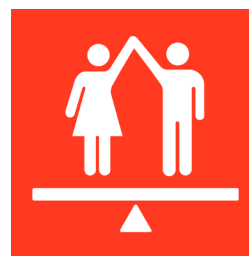
Beendigung jeglicher Gewalt gegen und Ausbeutung von Frauen und Mädchen



Anerkennung unbezahlter Fürsorgearbeit und Förderung geteilter häuslicher Verantwortung



Sicherstellung vollständiger Teilhabe an Führungspositionen und Entscheidungsprozessen



Beschluss und Stärkung von Politik und durchsetzbaren Gesetzen für Geschlechtergleichstellung

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTS- WACHSTUM



Ziel 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern



Gute Arbeit, die für alle gut ist

Alle Menschen sollen eine gute Arbeit haben. Der Arbeitsplatz soll gut und gerecht für die Menschen sein. Die Menschen sollen genug Geld für die Arbeit bekommen, Geld für Essen und zum Wohnen. Dann geht es den Menschen gut. Und dann geht es auch den Ländern gut. Es soll immer besser werden für die Menschen und Länder.

Situation Weltweit

Zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit für alle gehört eine gerechte und menschenwürdige Entlohnung, die es Menschen und ihren Familien erlaubt, am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Eine Schul- oder Berufsausbildung ist dafür unerlässlich.

240 Erwerbstätige lebten 2024 trotz Arbeit in extremer Armut. 58 Prozent der Erwerbstätigen weltweit sind informell beschäftigt, also ohne Sozialversicherung, Rechtsschutz und Arbeitsschutz. Rechte von Arbeitnehmer*innen wie die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen werden stetig weniger eingehalten.

Noch immer leben rund 50 Millionen Menschen in moderner Sklaverei, 27,6 Millionen davon befinden sich in Zwangsarbeit, zu großen Teilen Migrant*innen, Frauen und 3,3 Millionen Kinder. Kinderarbeit bleibt mit 138 Millionen Betroffenen weltweit ein Problem, obwohl das Ziel war, sie bis 2025 abzuschaffen. Kinder verrichten oftmals Tätigkeiten in umweltschädlichen Sektoren, wodurch ihre körperliche und geistige Entwicklung stark geschädigt wird. Die Anzahl von Frauen und Jugendlichen, die weder in Ausbildung noch in Beschäftigung sind, ist besonders hoch.

Auch in Industrienationen sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, verdienen weniger und sind seltener in Führungspositionen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen würde es beim jetzigen Tempo 140 Jahre dauern, bis Frauen auf der Führungsebene von Unternehmen in gleicher Zahl wie Männer vertreten sind.

Situation in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft schwächelt, Unternehmen und private Haushalte sind durch steigende Preise und globale Unsicherheiten betroffen. Selbst in einem reichen Land wie Deutschland können viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben. 2025 befanden sich 6,8 Prozent aller Erwerbstätigen mit ihrem Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze, also mit weniger als 60 Prozent des mittleren Nettolohns. 17,2 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten befristet, geringfügig, in Teilzeit unter 20 Wochenstunden oder in Leih- oder Zeitarbeit. Viele von ihnen müssen mit Grundsicherungsgeld „aufstocken“, um ihre Grundbedürfnisse decken zu können. Saisonarbeit, etwa in der Landwirtschaft, und Lieferdienste fallen wiederholt mit einer Bezahlung unter Mindestlohn, geringem Arbeitsschutz und undurchsichtigen Subunternehmen auf.

Frauen in Deutschland arbeiten eher in Teilzeit und geringfügig als Männer, dabei doppelt so häufig mit dem Grund, Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen, verdienen auf einem geringeren Einkommensniveau und sind schlechter sozial abgesichert.

Deutschland hat trotz steigender Arbeitslosigkeit einen großen Fachkräftemangel, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, IT, Handwerk, Bildung und Erziehung. 70 Prozent der Geflüchteten arbeiten als Fachkraft, wobei 41 Prozent unterhalb ihres Ausbildungsniveaus beschäftigt sind.

Unterziele



Unterstützung zur Schaffung von Arbeitsplätzen und von wachsenden Unternehmen



Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit mit gleicher Bezahlung



Förderung von Jugendbeschäftigung, Bildung und Ausbildung



Beendigung von moderner Sklaverei, Menschenhandel und Kinderarbeit



Schutz der Arbeitsrechte und Förderung sicherer Arbeitsumgebungen

9 INDUSTRY, INNOVATION AND INFRASTRUCTURE



Ziel 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur

Widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen



Es soll alles geben, was wir brauchen

Wir brauchen viele verschiedene Dinge. Zum Beispiel Strom und Heizung, Bus und Bahn, Schulen und Museen, Polizei und Versicherungen. Die Länder müssen sich darum kümmern. Wir brauchen auch gute Firmen und Fabriken. Sie müssen gute Arbeit machen und gut für die Menschen und die Umwelt sein. Dann geht es den Ländern gut. Wir brauchen auch gute neue Ideen. Mit ihnen kann man viele Dinge besser machen.

Aktuelle Lage

Funktionierende Infrastruktur ist eine Grundlage für ein gutes Leben, eine produktive Wirtschaft und Industrie. Infrastruktur bedeutet Straßen, Brücken oder Schienennetze, genauso wie die Versorgung mit Internet, Strom, Wasser oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Von all diesen Faktoren hängt es ab, ob uns beispielsweise medizinische Versorgung oder gesunde Nahrungsmittel einfach zugänglich sind, und ob wir am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Auch Unternehmen sind auf Infrastruktur angewiesen, zum Beispiel auf verlässliches Internet und sichere Straßen zum Transport ihrer Produkte.

Für den Aufbau nachhaltiger Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit und Kommunikation, werden weltweit Mittel in Billionenhöhe pro Jahr benötigt. Durch Förderung nachhaltiger und integrativer Industrialisierung werden gleichzeitig neue Arbeitsplätze geschaffen und Wohlstand erhöht. In den heutigen Industrieländern ging dies jedoch oft mit Umweltbelastungen einher. Um Länder des geopolitischen Südens von nachhaltiger Industrialisierung und Infrastruktur profitieren zu lassen und nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, sind gezielte Förderungen von Innovationen, z. B. in Technologieentwicklung im Bereich erneuerbare Energien, notwendig.

Ein grundsätzliches Ziel ist der weltweite Ausbau zuverlässiger und nachhaltiger Infrastruktur, um die Lebensqualität zu verbessern. Ohne technologischen Fortschritt und die Ausbreitung sauberer Energien wie Wind und Solarenergie, E-Autos und Wärmepumpen wären die globalen klimaschädlichen Emissionen bereits wesentlich stärker gestiegen.

Ziel 9 erklärt für Kinder & Familien

Was brauchen wir eigentlich zum Leben? Essen, Trinken, ein Dach über dem Kopf, Kleidung. Aber auch Schulen, Krankenhäuser, Bus, Bahn und Fabriken, die Dinge herstellen - man nennt das Infrastruktur - ist für unser Leben notwendig. In vielen Ländern auf der Welt gibt es aber nicht mal Straßen, Strom und fließendes Wasser. Das sollten wir verbessern.

Stell dir vor, dass weltweit fast jeder dritte Mensch keinen Zugang zu schnellem Internet hat? Das klingt erst mal nur nach „keine Videos schauen“, aber es bedeutet viel mehr: Ohne Internet können viele Menschen nicht lernen, keine wichtigen Nachrichten empfangen oder ihre Produkte verkaufen. Schlaue, umweltfreundliche Erfindungen und stabile Wege (wie Straßen oder Schienen) unterstützen dabei, dass Wissen und Hilfe überall dorthin gelangen, wo sie gebraucht werden.

Unterziele



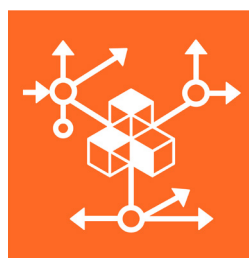
Entwicklung nachhaltiger, widerstandsfähiger und inklusiver Infrastrukturen



Förderung einer breitenwirksamen und nachhaltigen Industrialisierung



Erhöhung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen und Märkten



Verbesserung von Forschung und Ausbau industrieller Technologien



Allgemeiner Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie

10 WENIGER UNGLEICHHEITEN



Ziel 10: Weniger Ungleichheiten

Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern



Es soll allen gleich gut gehen

Einigen Menschen und Ländern geht es sehr gut. Anderen Menschen und Ländern geht es schlecht. Das soll sich ändern. Es soll allen gleich gut gehen. Kein Mensch soll schlechter leben als andere Menschen. Kein Land soll schlechter sein als andere Länder.

Aktuelle Lage

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, was heißt, dass wir alle die gleichen Rechte haben und die gleichen Chancen haben sollten, etwa beim Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung sowie sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe.

Vielen Menschen bleibt dies jedoch verwehrt, wie z. B. die prekäre Lage vieler Millionen migrantisierter Personen weltweit zeigt. Migration kann als Ausdruck globaler Ungleichheit verstanden werden. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist nach der Covid-19 Pandemie, in Zeiten von Klimakrise, Hungersnöten und fortlaufender Kriege im Sudan, im Kongo, in der Ukraine und der SWANA Region extrem. 637 Millionen Menschen hungern weltweit, während die reichsten 1,5 Prozent der Menschen 47,5 Prozent des gesamten weltweiten Vermögens besitzen. In den USA hat die aktuelle Regierung unter Donald Trump die amerikanische Entwicklungsbehörde USAID abgeschafft.

Strukturelle Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Herkunft oder sozialem und wirtschaftlichem Status verstärkt Ungleichheit. Queere und trans* Menschen etwa erleben gesetzliche Ungleichheit, Diskriminierung und Gewalt nicht nur in den Staaten, in denen Homosexualität und trans* Geschlechtlichkeit unter Strafe stehen. 281 Morde an trans* Personen wurden weltweit im Jahr 2025 registriert, davon waren trans* Frauen mit 90 % und BIPOC trans* Personen mit 88 % besonders betroffen.

Situation in Deutschland

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Gleichzeitig geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander und die Preise für Mieten und Lebenshaltung steigen rasant. Die reichsten zehn Prozent besitzen nach konservativen Schätzungen rund 60 Prozent des Gesamtvermögens. Fast 13 Prozent der Miethaushalte in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung.

Die Migrations- und Asylpolitik wird immer weiter verschärft: Abschiebungen werden auch in unsichere Länder wie das Taliban geführte Afghanistan durchgeführt, Familiennachzug und die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft wurden erschwert, Asylverfahren sollen verkürzt und mit weniger Rechtsschutz an den Außengrenzen geprüft werden.

Hass, Hetze und Gewalt gegen benachteiligte Bevölkerungsgruppen, darunter queere, muslimische, Schwarze, jüdische Menschen und Organisationen, nehmen stark zu, während demokratiefördernde Bildung und Strukturen vielerorts abgebaut werden. Laut Nationalem Diskriminierungs- und Rassismusrmonitor teilen 36 % der befragten Durchschnittsbevölkerung die rassistische Auffassung, dass es unterschiedliche „Rassen“ gäbe, und 66%, dass bestimmte Kulturen „fortschrittlicher und besser“ seien als andere. Solche diskriminierenden Einstellungen führen auch zu tagtäglicher Benachteiligung und Gewalt. Schwarze Menschen werden etwa auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt benachteiligt, häufiger von der Polizei kontrolliert und in der Öffentlichkeit rassistisch beleidigt. Rechtsextreme begingen 2025 mehr als 42.000 Straftaten; das ist mehr als in den meisten westeuropäischen Ländern.

Unterziele



Reduzierung von Einkommensungleichheiten



Förderung allgemeiner sozialer, wirtschaftlicher und politischer Integration



Gleiche Chancen sicherstellen und Diskriminierung beenden



Einführung von fiskal- und sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung von Gleichberechtigung



Förderung von Entwicklungshilfe und Investitionen für die am wenigsten entwickelten Länder

11 SUSTAINABLE CITIES AND COMMUNITIES



Ziel 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten



Städte und Gemeinden sollen gut und sicher sein

Städte und Gemeinden sollen gut für alle Menschen sein. Alle Menschen sollen gut und sicher leben. Die Menschen sollen keine Angst haben im Straßen-Verkehr, bei Veranstaltungen mit vielen Menschen oder nachts alleine auf der Straße. Es soll nicht so viel kaputt gehen, wenn schlimmes Wetter ist. Zum Beispiel bei starken Stürmen oder bei Hochwasser. Städte und Gemeinden sollen auch gut für die Umwelt sein. Sie sollen zum Beispiel weniger Energie verbrauchen und keine Energie aus Kohle, Öl oder Gas machen.

Aktuelle Lage

Jeder zweite Mensch lebt in einer Stadt – bis zum Jahr 2050 könnten es bis zu 70 Prozent der Weltbevölkerung sein. Als Ballungszentren der Wirtschaft und der Innovation produzieren Städte rund 80 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts, bei sehr schlechter Klimabilanz: 75 Prozent des menschlichen CO₂-Ausstoßes werden innerhalb von Städten verursacht.

Über 1 Milliarde Menschen leben in Slums – innerhalb der nächsten 30 Jahre könnten weitere 2 Milliarden Menschen in ähnlichen Verhältnissen leben müssen. Stadtviertel ohne Wasser- und Stromversorgung liegen in den Metropolen des geopolitischen Südens oft unmittelbar neben „Gated Communities“ oder Golfplätzen mit energieverbrauchenden Flutlicht- und Rasensprenganlagen. Zugang zu öffentlichen Räumen wie Plätzen oder Parks haben nur 20 Prozent der Stadtbewohner*innen. 9 von 10 Stadtbewohner*innen atmen eine Luft, deren Feinstaubbelastung über den Richtwerten der Weltgesundheitsorganisation liegt.

Städte lebenswerter und klimafreundlicher zu gestalten, bedeutet sichere, inklusive und nachhaltige Städte und Siedlungen zu unterstützen, allen Menschen Zugang zu sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Verkehrssystemen zu ermöglichen, sowie Städte widerstandsfähiger gegenüber Umweltbelastungen zu machen. Die Menschen in den Städten sind besonders durch die Folgen des Klimawandels bedroht, da 90 Prozent der globalen Großstädte in Küstenregionen liegen.

Wie sich Städte in Zukunft entwickeln, hat eine große Bedeutung über die jeweilige Stadt hinaus. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklungen der Welt werden sich überwiegend in Städten abspielen. Nachhaltige Städte werden im Bestreben, der globalen Klimakrise entgegenzuwirken, immer wichtiger.

Ziel 9 erklärt für Kinder & Familien

Egal wo du wohnst, ob in der Stadt oder auf dem Dorf – du möchtest es schön, sauber und sicher haben, oder? Außerdem mag doch jeder Mensch Grün um sich herum: Bäume, Parks und Wiesen tun gut - sie sind natürliche Klimaanlage: ihr Grün reinigt die Luft und kühlt an heißen Sommertagen. Außerdem sind sie das Zuhause von vielen Pflanzen und Tieren, die auch hier auf diesem Planeten leben. Ein tolles Beispiel für moderne Städte ist die Idee der Schwammstadt. Normalerweise fließt Regenwasser in Städten einfach in den Gully und ist weg. Eine Schwammstadt saugt den Regen stattdessen auf – genau wie ein echter Schwamm! Das passiert durch: Grüne Dächer und Fassaden, die Wasser speichern. Oder durch Wiesen und Teiche, in denen das Wasser versickern kann. Auch Bäume helfen, da sie das Wasser später wieder verdunsten. Bei starkem Regen gibt es dadurch in Schwammstädten weniger Überschwemmungen, und in trockenen Zeiten haben die Pflanzen genug Wasserreserve, um die Stadt kühl zu halten.

Unterziele



Sicherer und bezahlbarer Wohnraum



Bezahlbare und nachhaltige Verkehrssysteme



Schutz des Weltkultur- und Naturerbes



Reduzierung der negativen Auswirkungen von Naturkatastrophen



Zugang zu sicheren und inklusiven Grünflächen und öffentlichen Räumen



Ziel 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen



Wir dürfen nur gute Waren kaufen

Wir kaufen viele Waren. Aber viele Sachen werfen wir dann in den Müll. So müssen Fabriken immer mehr Waren machen. Das ist oft schlecht für die Umwelt und für die arbeitenden Menschen in den Fabriken. Wir dürfen nur gute Waren kaufen. Dann werfen wir auch weniger in den Müll.

Aktuelle Lage

Braunkohle, Öl, Holz, Obst, Gemüse und Getreide – für den weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt brauchen wir immer mehr natürliche Ressourcen. Der weltweite Bedarf an Rohstoffen für die Herstellung von uns gewünschter Produkte hat sich von 30 Milliarden Tonnen im Jahr 1970 auf 106,6 Milliarden Tonnen im Jahr 2024 erhöht. Trotz Zuwachs erneuerbarer Energien bleiben fossile Energieträger immer noch zentral für die weltweite Energieversorgung bei stark steigender Nachfrage. 2026 hatte die Welt am 30. Juli bereits die Ressourcen aufgebraucht, die das Ökosystem unserer Erde innerhalb eines Jahres herstellen kann (Earth Overshoot Day).

Der Verbrauch der Rohstoffe ist dabei sehr ungleich verteilt: Menschen in Ländern mit hohem Einkommen verbrauchen pro Kopf etwas sechsmal so viele Ressourcen wie Menschen in Ländern mit geringem Einkommen. Die Rohstoffe werden allerdings zum Großteil aus Ländern mit geringem Einkommen gewonnen. Die Ungleichheit zieht sich auch bei der Lebensmittelverteilung fort: Während 925 Millionen Menschen weltweit hungern, wird jährlich ungefähr ein Drittel der Lebensmittel, also ca. 1,7 Milliarden Tonnen, vernichtet.

Wtition mehr als verdoppelt, während nur 9 Prozent davon recycelt werden. Ohne zusätzliche Maßnahmen könnte die Produktion bis 2040 auf 736 Tonnen jährlich steigen. Auch die Menge von bisher 62 Millionen Tonnen Elektroschrott, wovon nur kleine Anteile recycelt werden, könnte bis 2030 auf rund 82 Millionen Tonnen steigen.

Ein tiefgreifender Wandel unserer Produktions- und Konsumpraktiken ist demnach dringend notwendig: weg von einer „Wegwerf-Kultur“ hin zu einer Kreislaufwirtschaft, in der weniger verschwendet und mehr wiederverwendet wird.

Situation in Deutschland

Die Bevölkerung Deutschlands verbraucht das Dreifache der nach Nachhaltigkeitskriterien verfügbaren natürlichen Ressourcen. 2026 war der Earth Over Shoot Day für Deutschland am 10. Mai. Jährlich sind Privathaushalte für 58 Prozent der knapp insgesamt 11 Tonnen weggeworfenen Lebensmittel verantwortlich, das sind bis zu 78 kg pro Person. Neben persönlichem Verhalten spielen politische Entscheidungen eine große Rolle: Im Pakt gegen Lebensmittelverschwendung haben sich 2023 14 Unternehmen verpflichtet, diese bis 2030 zu halbieren und noch verzehrfähige Lebensmittel zu spenden. Deutschland exportiert am meisten Plastikmüll in der EU, oft in Länder mit laxen Umweltauflagen, was Böden und Wasser mit giftigen Substanzen belastet und beim Verbrennen zu Gesundheitsrisiken führt. Auch die Weltmeere sind stark gefährdet. Verbraucher*innen in Industrieländern wie Deutschland haben durch den Kauf regionaler, ökologischer und fair gehandelter Produkte großen Einfluss auf globale Produktionsketten. Umweltsiegel wie der „Blaue Engel“, können helfen, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen.

Unterziele



Nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung natürlicher Ressourcen



Halbierung der globalen Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf



Umweltverträglicher Umgang mit Chemikalien und Abfällen



Sicherstellung eines allgemeinen Verständnisses für nachhaltige Lebensweisen



Unterstützung der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten in Entwicklungsländern für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster

13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ



Ziel 13: Maßnahmen zum Klimaschutz

Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen



Wir müssen das Klima schützen

Das Klima verändert sich. Darum gibt es oft schlimmes Wetter. Viele Menschen und Tiere haben Probleme und können nicht gut leben. Wir müssen das Klima schützen. Damit alle Menschen und Tiere gut leben können.

Aktuelle Lage

Der Klimawandel hat tiefgreifende Folgen für unseren Planeten: Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände und tropische Wirbelstürme bringen das Leben von Millionen von Menschen durcheinander und verursachen wirtschaftliche Verluste in Milliardenhöhe. Die Klimakrise verstärkt Armut, Hunger und Konflikte weltweit: Klimabedingte Katastrophen zerstören Häuser und Ernten und zwingen Menschen zur Flucht – bis 2050 könnte es über 140 Millionen Klimabedrohten geben. In besonders gefährdeten Regionen ist die Sterblichkeitsrate durch Katastrophen 170 Prozent höher.

Zwar gab es in der Erdgeschichte schon immer Klimaveränderungen, doch die aktuelle Erwärmung ist menschengemacht und verläuft schneller als je zuvor. Seit Beginn der Industrialisierung stieg die Temperatur um 1,6°C durch Treibhausgase wie CO₂ und Methan, die durch Energiegewinnung, Industrie, Landwirtschaft und andere menschliche Aktivitäten in die Erdatmosphäre gelangen. Damit wurde die im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Grenze von 1,5 Grad im Jahr 2024 erstmals überschritten. Die G-20-Staaten sind für 80 Prozent der Emissionen verantwortlich, während Menschen in den ärmsten Ländern des geopolitischen Südens, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, am stärksten direkt von ihren Auswirkungen betroffen sind. Der UN-Nachhaltigkeitsbericht zeigt: Die bisherigen Klima-Aktionspläne sind unzureichend, und die Klimafinanzierungsziele der Industrieländer wurden nicht erreicht. Wir müssen dringend handeln.

Situation in Deutschland

Extremwetterereignisse wie Hitze und Überschwemmungen haben sich in Deutschland in den letzten 50 Jahren verdreifacht. Laut dem EU-Klimadienst Copernicus hat Westeuropa 2026 den heißesten Juni und Juli seit Beginn der Aufzeichnungen erlebt. Die zehn wärmsten Sommer in Deutschland liegen alle im 21. Jahrhundert. Die Durchschnittstemperatur stieg um 1,4°C, was heiße, trockene Sommer und milde, nasse Winter mit sich bringt. Dies beeinflusst die Sterberaten und führt zu Ernteausschlägen durch Dürren und Starkregen. Der steigende Meeresspiegel bedroht die Küsten der Nord- und Ostsee, die Waldbrandgefahr wächst, und Schädlinge wie der Borkenkäfer breiten sich aus. Gesundheitsrisiken durch Ausbreitung von Infektionskrankheiten aus wärmeren Regionen steigen ebenfalls.

Die Pro-Kopf-CO₂-Emission in Deutschland ist fast doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. Deutschland gehört zu den zehn größten CO₂-Emittenten weltweit. 2024 wurde das Klimaschutzgesetz verabschiedet, was tiefgreifende Veränderungen in Energie, Wirtschaft und Gesellschaft erfordert. Deutschland soll bis 2045 treibhausgasneutral sein.

Unterziele



Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit an klimabedingte Katastrophen



Integration von Maßnahmen gegen den Klimawandel in Politik und Planung



Verbesserung von Wissen und Kapazitäten zur Bewältigung des Klimawandels



Umsetzung des UN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen

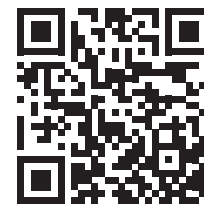


Förderung von Mechanismen zum Ausbau effektiver Planungs- und Managementkapazitäten



Ziel 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen



Alle Menschen können gut zusammenleben

Es soll friedlich und gerecht in den Ländern sein. Dann können alle Menschen gut zusammenleben. Die Behörden und Ämter müssen sich darum kümmern. Zum Beispiel das Sozialamt, die Polizei oder das Gericht. Die Behörden und Ämter müssen gute Arbeit für alle Menschen machen und immer sagen, „warum sie ihre Arbeit wie gemacht haben“.

Aktuelle Lage

Frieden, Sicherheit und stabile Rechtssysteme sind entscheidend für nachhaltige Entwicklung. Zur Halbzeit der Agenda 2030 wurde jedoch deutlich, dass bewaffnete Konflikte, Militärausgaben und autoritäre Regime zunehmen. Schwache Institutionen, mangelnde demokratische Teilhabe und eingeschränkter Zugang zu Rechtsstaatlichkeit gefährden die Erreichung der Ziele. Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Justiz, Informationen und anderen Grundfreiheiten und sind von Gewalt und Krieg bedroht. In 36 Ländern herrschen 61 aktive Konflikte, Ende 2025 lebte fast jedes fünfte Kind in Krisen- und Konfliktgebieten.

Der Krieg im Sudan hat eine der größten Vertreibungskrisen weltweit ausgelöst, über zwei Drittel der Bevölkerung benötigt Schutz und humanitäre Hilfe. Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine fordert weiterhin zahlreiche zivile Opfer und hat Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Der Krieg zwischen Israel und der Hamas sowie seine Ausweitung auf den Libanon, den Jemen und den Iran haben zu massiver Gewalt, Vertreibung und der Zerstörung ziviler Infrastruktur geführt. Sowohl die Angriffe der Hamas als auch das Vorgehen Israels im Gazastreifen werden als schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht untersucht. Weltweit hat der Konflikt antisemitische und antimuslimische Diskriminierung und Gewalt verstärkt. Im Iran werden Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt, insbesondere nach den Protesten der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“. Repressionen treffen v.a. Frauen und Mädchen. In Pakistan erschweren Korruption, schwache staatliche Institutionen sowie der ungleiche Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung vielerorts ein selbstbestimmtes Leben, besonders in ländlichen Regionen.

Kriminalität ist weltweit ein großes Problem, besonders Gewalt durch organisierte Kriminalität und Gangs wie in Lateinamerika und der Karibik. Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen und Gewerkschafter*innen riskieren in vielen Ländern ihr Leben. Korruption schwächt (das Vertrauen in) staatliche Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit.

Situation in Deutschland

Deutschland gilt als eines der sichersten Länder der Welt. Dennoch stellen Korruption, mangelnde Transparenz und Fehlverhalten staatlicher Institutionen Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dar. Fälle von Amtsmissbrauch, unzureichender Kontrolle staatlichen Handelns oder diskriminierenden Strukturen – etwas im Umgang mit rechtsextremer Gewalt – zeigen, wie wichtig unabhängige Gerichte, parlamentarische Kontrolle und Informationsfreiheit sind. Auch Kriminalität bleibt ein Thema in Deutschland. Im Jahr 2025 wurden 5,5 Millionen Straftaten polizeilich registriert, die meisten entfallen auf Diebstahl und Betrug. Während die Mordrate gering ist, sind Gewaltkriminalität von Kindern und Jugendlichen sowie sexualisierte Gewalt angestiegen.

Kriege und Konflikte wirken sich auch auf Deutschland aus. Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, Eritrea und anderen Ländern suchen Schutz in Deutschland. Zudem prägen Kriege in der Ukraine und in Westasien die deutsche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig gehört Deutschland zu den fünf größten Waffenexporteuren weltweit und profitiert somit auch von globalen Konflikten.

Unterziele



Alle Formen von Gewalt verringern



Förderung von Rechtsstaatlichkeit und gleichberechtigtem Zugang zur Justiz



Aufbau von leistungsfähigen, rechenschaftspflichtigen und transparenten Institutionen



Gewährleistung von öffentlichem Zugang zu Informationen und Schutz der Grundfreiheiten



Förderung und Durchsetzung nicht-diskriminierende Gesetze und Politik

17 PARTNERSHIPS FOR THE GOALS



Ziel 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen



Die Länder müssen zusammenarbeiten

Die Länder brauchen Geld, um alle Ziele zu erreichen. Und die Länder müssen mehr zusammenarbeiten. Dann können wir etwas dafür tun, dass die Dinge auf der Welt besser werden.

Aktuelle Lage

Die großen Probleme unserer Zeit können einzelne Menschen oder Länder nicht allein lösen. Ob Klimawandel, Armut, Kriege oder globale Ungleichheit: Wir sind miteinander verbunden und brauchen gemeinsame Lösungen. Ziel 17 fordert deshalb mehr internationale Zusammenarbeit. Länder sollen Wissen, Geld und Technologien teilen und sich gegenseitig unterstützen, damit die anderen 16 Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können.

Die Halbzeitbilanz der Agenda 2030 zeigt: Die Welt ist bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele deutlich im Rückstand. Ein wichtiger Grund ist, dass es an finanziellen Mitteln und verbindlicher internationaler Zusammenarbeit mangelt. Die Vereinten Nationen schätzen, dass jedes Jahr rund vier Billionen US-Dollar fehlen, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Gleichzeitig stiegen die weltweiten Militärausgaben 2025 auf einen neuen Höchststand von fast 2,9 Billionen US-Dollar. Die staatlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit gingen dagegen um 23,1 Prozent zurück. Wohlhabende Länder stellen derzeit im Durchschnitt nur etwa 0,36 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit bereit – deutlich weniger als die vereinbarten 0,7 Prozent.

Besonders arme Länder sind auf internationale Unterstützung angewiesen. Sie brauchen Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung, aber auch in erneuerbare Energien und die Anpassung an den Klimawandel. Gleichzeitig erschweren hohe Schulden vieler Länder notwendige Investitionen.

Die internationale Zusammenarbeit steht zudem durch geopolitische Spannungen und zunehmenden Nationalismus unter Druck. Umso wichtiger ist es, gemeinsame Lösungen zu finden und Verantwortung gerechter zu verteilen. Bei der Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung 2025 in Sevilla wurde die enorme Finanzierungslücke zwar erneut benannt, ein grundlegender Durchbruch blieb jedoch aus.

Situation in Deutschland

Deutschland zählt zu einer der wichtigsten Industrienationen und setzt sich international für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele ein. 2025 stellte Deutschland rund 26 Milliarden Euro für Entwicklungszusammenarbeit bereit, 17 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit gehört Deutschland zwar weiterhin zu den größten Gebern weltweit, verfehlte aber erneut das international vereinbarte Ziel, jährlich 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Die Ausgaben betrafen finanzielle und technische Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Beiträge zu fairem Handel sowie Wissens- und Technologietransfer. Dadurch trägt Deutschland dazu bei, weltweit Armut und Notlagen zu mindern, Bildung und Gesundheit zu fördern, Klima und Umwelt zu schützen und die Globalisierung gerechter zu gestalten.

Ziel 17 macht deutlich: Globale Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Internationale Zusammenarbeit ist deshalb keine zusätzliche Aufgabe, sondern eine Voraussetzung dafür, dass nachhaltige Entwicklung überhaupt möglich wird.

Unterziele



Einhaltung aller Zusagen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe



Investitionen in die am wenigsten entwickelten Länder



Wissensaustausch und Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation



Ausbau der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung



Förderung wirksamer Partnerschaften